

Regierung bindet Spital-VR zurück

Der St. Galler Spitalverwaltungsrat erhält in den nächsten Tagen saftige Post aus der Pfalz.

Regula Weik

Am Vortag war sie von der Mehrheit des Kantonsparlaments für dringlich erklärt worden, gestern war sie bereits wieder vom Tisch: Die Rede ist von der gemeinsamen Spital-Motion von SP und Grünen sowie SVP. Die beiden Fraktionen hatten die Regierung aufgefordert, den Spitalverwaltungsrat an die Kandare zu nehmen und dessen sukzessiven Leistungsabbau an den Regionalspitälern den Riegel vorzuschieben. Und: Die Regierung ist bereit, dem Spitalverwaltungsrat einen saftigen Brief zu schicken. Darin wird sie ihn auffordern, «ab sofort und bis nach den Sommerferien keine weiteren präjudizierenden Entschiede zu fällen».

Die Regierung nehme das Anliegen ernst, versicherte Heidi Hanselmann, Regierungspräsidentin und Gesundheitschefin, den Parlamentarierinnen und Parlamentariern. «Wir wollen rasch Nägel mit Köpfen machen.» Das Schreiben soll denn auch in den nächsten Tagen abgeschickt werden. Und: Die Regierung werde auch den Kantonsvertreter im Spitalverwaltungsrat – es ist dies Peter Altherr, Leiter des kantonalen Amtes für Gesundheitsversorgung – auffordern, ihre Haltung in das Gremium zu tragen.

«Die Politik muss nun den Lead übernehmen»

«Der Spitalverwaltungsrat hat das Primat der Politik zu akzeptieren», sagte Laura Bucher, Co-Fraktionspräsidentin von SP und Grünen. «Die Politik muss nun den Lead übernehmen. Der Verwaltungsrat hat sich an die demokratischen Prozesse zu



Verwaltungsratspräsident Felix Sennhauser an der Medienkonferenz der St. Galler Spitäler am 17. Februar.

Bild: Benjamin Manser

halten.» SP und Grüne zogen daraufhin die Motion zurück – sie vertrauten der Zusicherung der Regierung, dem Spitalverwaltungsrat auf die Finger zu schauen, so ihre Begründung. Die SVP tat es ihnen gleich. Dass die Regierung ihre Forderung unterstütze, sei «ein wichtiges Zeichen gegen aussen – für die Bevölkerung und das Spitalpersonal», sagte SVP-Kantonsrat Christof Hartmann.

Dass der Rückzug ihres dringlichen Vorstosses derart «schmerzfrei» erfolgte, hat

wohl noch einen weiteren Grund: Auch den Motionären dürfte klar gewesen sein, dass eine Gesetzesänderung eine Angelegenheit von Jahren ist – und deshalb auf dem Weg auf die aktuelle Situation kein Einfluss genommen werden kann. Für die Regierung war denn auch klar: Sie unterstützt den Inhalt der Motion. Sie beantragte aber ebenso deutlich, nicht darauf einzutreten.

Andreas Widmer, Fraktionschef von CVP und Grünliberalen, hatte ebenfalls davor ge-

warnt, einen gesetzgeberischen Prozess in Gang zu setzen: «Das verzögert den ganzen Prozess und macht uns alle handlungsunfähig.»

Hält Spital-Freundschaft von SP und SVP?

Die Regierung versicherte gestern einmal mehr: Sie will die Botschaft zur künftigen Spitalstrategie bis Ende Monat verabschieden. Die vorberatende Kommission wird diese dann im März an drei Sitzungstagen besprechen. Die Beratungen im

Parlament sind für April und Mai vorgesehen.

Dann wird sich auch zeigen, ob die SVP erneut gemeinsam mit SP und Grünen unterwegs sein wird. Zweifel sind erlaubt. Die gemeinsame Motion war längst nicht allen SVP-Kantonsräten lieb. Es sei eine «Idee des Oberlandes» gewesen, war da und dort zu hören. Das dürfte denn auch erklären, weshalb Vize-Fraktionschef Christoph Gull das Anliegen unterzeichnet hatte; Gull ist SVP-Gemeindepräsident von Flums.

Kostenfragen zum betreuten Wohnen geklärt

Ergänzungsleistungen Im Kanton St. Gallen gibt es bisher eine Lücke im Gesetz über die Ergänzungsleistungen: Die Finanzierung von Wohnen in einem Heim und zu Hause sind dort unterschiedlich geregelt. Die Folge: Bei betreutem Wohnen kann es zu Finanzierungslücken kommen. Die Probleme bei der Finanzierung führten dazu, «dass häufig AHV- und IV-Beziehende direkt in ein Heim umziehen, obwohl sie dies gar nicht wünschen und ein Nichteintritt in ein Heim für die öffentliche Hand günstiger wäre», schrieb die Regierung im Vorfeld der aktuellen Session. Sie schlug vor, dass Mietkosten für betreutes Wohnen künftig bei Ergänzungsleistungen angerechnet werden können. Der Kantonsrat bewilligte die Anpassung mit einigen wenigen Änderungen. (sda)

Kirchbergs Anliegen scheitert

Integration Ein Standesbegehren wollte Flüchtlingen nur dann den Umzug in eine andere Gemeinde ermöglichen, wenn sie keine Sozialhilfe beziehen (Ausgabe vom Montag). Es wurde gestern vom Kantonsrat mit 56 Nein- zu 53 Ja-Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten Vertreter der SVP und CVP, FDP und Ratslinke dagegen. Justizdirektor Fredy Fässler gab zu bedenken, dass das Begehren völkerrechtswidrig sei. «Würde es die Schweiz umsetzen, müsste sie wohl aus der Genfer Flüchtlingskonvention austreten.» Hintergrund der Initiative ist der Umstand, dass viele Flüchtlinge in die Gemeinde Kirchberg gezogen sind. (al)

Gemeinden verlangen Zeit fürs Baugesetz

Die bürgerliche Ratsmehrheit erlaubt mehr Spielraum für die Ortsplanungen.

Das neue Planungs- und Baugesetz, am 1. Oktober 2017 in Kraft gesetzt, war ein hart umkämpfter Brocken. Und er ist für die Gemeinden eine immense Herausforderung: Sie müssen ihre Zonenpläne und Baureglemente innert zehn Jahren dem neuen Recht anpassen. Nun folgt der erste Nachtrag, der den Gemeinden ermöglicht, ihre Ortsplanungen teils auf der Basis des alten Baugesetzes anzupassen.

Der Antrag der Regierung wurde von SP-Seite bestritten: Susanne Schmid nannte ihn eine «Schlaumeierei und Zwängerei jener Kreise, die das neue Baugesetz nicht anwenden wollen». Der Nachtrag öffne ein «sehr grosses Scheuentor», das den Gemeinden noch jahrelang Teilzonenpläne nach altem Gesetz erlaube. «Wir lösen das Problem nicht, wenn wir es vor uns her schieben», meinte Fraktionskollege Ruedi Blumer. Die Zwischenbilanz zeige ein «erfreuliches Bild», wonach die meisten Gemeinden den Prozess gestartet oder bereits abgeschlossen

hätten. Nur in 19 der 77 Gemeinden sei «noch nichts passiert», faktisch seien es weniger, weil die Liste nicht aktualisiert worden sei. Für Blumer «ein Indiz, dass auf Zeit gespielt wird – von den Gemeinden, aber auch vom

Kanton». Die Sprecher der bürgerlichen Fraktionen – Andreas Broger (CVP), Walter Locher (FDP), Christian Spoerlé (SVP) – hielten vehement dagegen. «Blanker Hohn» seien die Vorwürfe, meinte der Ebnat-Kap-

pler Gemeindepräsident Spoerlé, wenn man allein an die Rekursverfahren denke. Das komplexe Gesetzeswerk lasse sich «nicht so einfach auf kommunale Baurelemente adaptieren», sagte Dominik Gemperli (CVP, Goldach). Man müsse jedes Quartier auf seine Entwicklung hin abklären; ein Prozess, der Zeit brauche und die Mitwirkung der Bevölkerung bedinge.

Bauchef Marc Mächler zeigte Verständnis für die Problematik der Gemeinden, «selbst versierte Ortsplaner» das Zusammenspiel des neuen Richtplans und des neuen Gesetzes sei «sehr anspruchsvoll». «Niemand ist am Daumendrehen», versicherte er den Skeptikern. Der Rat stimmte dem Nachtrag mit 86 Ja gegen 14 Nein zu. Mächler will über das weitere Vorgehen in der Junisession informieren. Derzeit kläre man noch Unstimmigkeiten. Die materiellen Änderungen des neuen Baugesetzes sollen in einem weiteren Nachtrag behandelt werden – wohl 2021. (mel)

Kantonsrat fordert schnellere Behandlung von Bauverfahren

Postulat Mit dem neuen Planungs- und Baugesetz (PBG) sollten im Kanton St. Gallen Bauverfahren vereinfacht werden. Dies sei aber nicht der Fall, stellte die Fraktion von CVP und GLP in ihren Vorstoss fest und listete eine ganze Reihe von Kritikpunkten auf. Noch nie seien die Verfahren so aufwendig und langwierig, so wenig planbar und kostentreibend gewesen wie heute. Immer mehr Amtsstellen beurteilten die Gesuche isoliert aus ihrem eigenen Blick-

winkel. Es fehle eine Gesamtbeurteilung. Die Fraktion stiess bei der Regierung auf offene Türen. Eine mögliche Lösung wird in einem digitalen Baubewilligungs- und Planungsgenehmigungsprozess gesehen. Der Auftrag dazu sei 2019 erteilt worden. Für die SP-Grüne-Fraktion brauchte es deshalb keinen zusätzlichen Bericht. Das Problem sei bereits erkannt. Die Mehrheit war anderer Meinung: Das Postulat wurde mit 70 gegen 20 Stimmen gutgeheissen. (sda)

Parlament lehnt Förderung für Regionalmedien ab

Medienpolitik Der St. Galler Kantonsrat will keine direkte Medienförderung. Das Parlament hat eine entsprechende Motion deutlich abgelehnt. Peter Hartmann und Max Lemmenmeier (SP) hatten in ihrem Vorstoss «eine zielgerichtete, direkte Presseförderung auf kantonaler Ebene» gefordert. Die Situation der Medien sei angespannt, sagte Lemmenmeier. Die Auseinandersetzung mit regionalen und lokalen Themen werde laufend ausgedünnt und marginalisiert. Ohne Anstrengung der öffentlichen Hand könne man dieser Entwicklung nicht Einhalt gebieten.

Die Regierung hatte sich schon früher gegen den Vorstoss ausgesprochen. Eine direkte Medienförderung sei nicht zielführend. In einer HSG-Studie habe sie die Herausforderungen und Chancen der Digitalisierung für die regionalen Medien untersuchen lassen, führte die Regierung in ihrer Stellungnahme aus. Im Vordergrund stehe der Aufbau eines unabhängigen Förder- und Kompetenzzent-

rums. Dort sollen Massnahmen entwickelt werden, um die Innovationskraft der regionalen Medien zu stärken. CVP-Regierungsrat Bruno Damann bezeichnete gestern die direkte Medienförderung als «sehr gefährlich» und «eine ordnungspolitische Fehlhaltung». Auch die Fraktionen von FDP und CVP-GLP sprachen sich gegen eine staatliche Unterstützung aus.

«Ordnungspolitisch korrekt sterben»

Die Motionäre kritisierten die Argumentation der Regierung. «Wir können ordnungspolitisch korrekt sterben oder mit gezielten Massnahmen eine unabhängige Berichterstattung im Kanton fördern», sagte Hartmann. Wenn der Kanton auch künftig eine Medienvielfalt wolle, müsse man jetzt Gegensteuer geben. Eine gesetzliche Grundlage sei möglich, verbunden etwa mit Leistungsaufträgen. Die Warnung verhallte wirkungslos, das Parlament lehnte die Motion mit 86 zu 25 Stimmen ab. (mge)